



An die Mülheimer Medien

11.03.2013



Trinkwasser wird teurer: Rot-Grün plant wieder Erhöhung des Wasser-Cent um 11,1%!

Die rot-grüne NRW-Landesregierung plant eine erneute Erhöhung der NRW-, „Wassersteuer“. Seit 2011 beträgt sie 4,5 Cent/cbm. Nunmehr soll sie auf 5 Cent/cbm, also um 11,1% erhöht werden. Während die frühere CDU/FDP-Landeskoalition bis 2010 gestuft diese Steuer abschaffen wollte, machten dies 2011 SPD und Grüne wieder rückgängig und wollen jetzt noch einmal eine Erhöhung“, kritisieren

das RWW-Aufsichtsratsmitglied, Bürgermeister Markus Püll, und der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Michels den neuen Plan von SPD und Grünen im Landtag NRW, das sog. Wasserentnahmengeltgesetz entsprechend abzuändern.



Für die Mülheimer Bürger und Betriebe führe diese Erhöhung bei einem jährlichen Wasserverbrauch von ca. 10,7 Mio. cbm, so Markus Püll, dazu, zukünftig etwa 535.500 € an „Wassersteuer“ über den Wasserversorger RWW an das Land zahlen zu müssen. Das seien dann allein für Mülheim an der Ruhr etwa 53.000 € mehr als bisher. Bereits durch die erste Erhöhung nach der rot-grünen Regierungsübernahme (2011) mussten die Mülheimer Wasserverbraucher jährlich ca. 100.000 € „Wassersteuer“ mehr an das Land NRW abführen.

Aber auch die Stadt Mülheim an der Ruhr ist entgegen der Behauptung der Kraft-Regierung von der Erhöhung der „Wassersteuer“ betroffen. CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Michels kündigte an, die für die Stadt Mülheim an der Ruhr und ihre Gesellschaften zukommenden Belastungen durch die Erhöhungen der „Wassersteuer“ seit 2011 in den zuständigen Ratsgremien zu thematisieren. Denn nach dem letzten Energiebericht des ImmobilienService (2010) müsste die Stadtverwaltung (ohne Gesellschaften) - hochgerechnet auf den Wasserverbrauch (2010: 161.451 cbm) - ca. 8.000 € an „Wassersteuer“ über RWW zahlen.

Markus Püll und Wolfgang Michels: „Rot-Grün in Düsseldorf liefern einen neuen Beweis, dass ihnen wieder nichts Besseres einfällt, als zu Lasten der privaten und gewerblichen Verbraucher an der Steuer- und Gebührenschraube zu drehen und dies dreist auch noch mit fadenscheinigen ökologischen Zielen zu begründen.“

F.d.R.
Hansgeorg Schiemer
-Fraktionsgeschäftsführer-